

(Präsident.)

(A) Bank, Ministerialdirektors a. D. Dr. Dehne als Finanzminister.

Beschluss: Zu verlesen.

(Nr. 2035.) Anfrage der Abgg. Schmidt, Voigt u. Gen., betreffend die Gewährung staatlicher Kredite an die Lohnstickmaschinenbesitzer zwecks Modernisierung ihrer Maschinen.

Beschluss: Ist gedruckt und verteilt; dem Herrn Ministerpräsidenten ist Abschrift zugestellt worden.

(Nr. 2036.) Antrag der Abgg. Pagenstecher, Schreiber u. Gen. auf Änderung des Gesetzes über Ermäßigungen der Gewerbesteuer, Grundsteuer und Aufwertungssteuer vom 20. Dezember 1924.

Beschluss: Zur ersten Beratung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 2037.) Schreiben des Oberbergamts in Freiberg bei Übersendung von 21 Stück des Jahrbuchs für das Berg- und Hüttenwesen in Sachsen, Jahrgang 1925.

Beschluss: Liegen, soweit der Vorrat reicht, in der Kanzlei zur Entnahme bereit. **■**

Ich bitte um Vortrag der Registrande.

Dresden, am 26. Januar 1926.

An den

Herrn Landtagspräsidenten.

Der Landtag hat in der 132. Sitzung vom 7. April 1925 beschlossen,

die Regierung zu ersuchen, den wirtschaftlich notleidenden Lohnstickmaschinenbesitzern zwecks Modernisierung ihrer Maschinen staatliche Kredite zu mäßigem Zinsfuß zur Verfügung zu stellen.

(B) Über die Durchführung dieser Kreditaktion sind im Einvernehmen mit den beteiligten Wirtschaftskreisen Richtlinien aufgestellt worden, durch die für die Gewährung der staatlichen Kredite neben der Bedürftigkeit des Kreditnehmers der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit, das heißt der Hebung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stickereiindustrie als maßgeblich bezeichnet worden ist.

Da anfänglich damit gerechnet werden konnte, daß die Inanspruchnahme des Staatskredites sich in erträglichen Grenzen halten würde, ist die Höhe des von der Regierung zur Verfügung zu stellenden Gesamtkredites zunächst nicht festgelegt worden. Dies erschien jedoch angezeigt, als zu übersehen war, daß die Aktion einen über die ursprünglichen Erwartungen weit hinausgehenden Umfang angenommen hatte.

Das Gesamtministerium hat daher in der Sitzung am 18. Dezember 1925 einerseits in Würdigung der besonderen Notlage des heimischen Lohnstickergewerbes, andererseits im Hinblick auf den derzeitigen Stand der Staatsfinanzen und in Rücksichtnahme auf die sonstigen notleidenden gewerblichen Bevölkerungsschichten beschlossen, die auf Grund des Landtagsbeschlusses vom 7. April vorigen Jahres durch den Staat bereitzustellende Gesamtkreditsumme auf den Betrag von 1 Mill. Reichsmark festzusetzen. Dieser Betrag wird dem beweglichen Staatsvermögen entnommen.

Namens des Gesamtministeriums bitte ich den Landtag, von Vorstehendem zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Der Ministerpräsident.

Heldt.

Der Landtag nimmt hiervon Kenntnis.

Ferner:

Dresden, den 27. Januar 1926. (C)

An

den Herrn Präsidenten des Landtages.

Dem Herrn Landtagspräsidenten beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß ich an Stelle des am 27. Januar 1926 aus seinem Amte scheidenden Herrn Finanzministers Dr. Reinhold vom 27. Januar 1926 ab Herrn Landtagsabgeordneten Direktor der Sächsischen Bank Ministerialdirektor a. D. Dr. Julius Dehne in Dresden als Finanzminister berufen habe.

Der Ministerpräsident.

Heldt.

Der Landtag nimmt hiervon Kenntnis.

Wir treten in die Tagesordnung ein: **Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung vom 27. Januar 1926:****Fortsetzung der ersten Beratung über die Vorlage Nr. 201, den Entwurf eines Gesetzes über den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1926 und die Entwürfe des ordentlichen und des außerordentlichen Staatshaushaltplans auf dasselbe Jahr betreffend.****Erste Beratung über den Antrag des Abg. Renner u. Gen. auf Entlassung des Polizeiobewachtmeisters Wegbrod aus dem Dienst. (Drucksache Nr. 1594.)****Anfrage des Abg. Renner u. Gen., betreffend die Rückwirkung der Entwaffnungsfrage auf die sächsische Polizei. (Drucksache Nr. 1579.)****Zweite Beratung über den Antrag des Abg. Renner u. Gen. (Drucksache Nr. 1583), betreffend Ausschreitungen bei einer Versammlung der Nationalsozialisten in Chemnitz. (Mündlicher Bericht des Rechtsausschusses, Drucksache Nr. 1654.)** (D)**Erste Beratung über den Antrag des Abg. Böttcher u. Gen. auf Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Vinderung der Erwerbslosennot. (Drucksache Nr. 1643.)****Zweite Beratung über den in der 162. Vollsitzung des Landtags am 19. Januar 1926 eingebrachten — nicht gedruckten — Entschließungsantrag des Abg. Arzt u. Gen., betreffend die Ausdehnung der Bequadvigungen auf Vergehen, die mit der wirtschaftlichen und politischen Erregung des Jahres 1923 zusammenhängen. (Mündlicher Bericht des Rechtsausschusses, Drucksache Nr. 1655.)****Abgeordneter Lippe:** Nach den neuesten Zeitungsmeldungen hat die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland am 15. Januar dieses Jahres 1 762 305 Vollerwerbslose und 2 920 958 Zuschlagsempfänger erreicht. (Abg. Lieberasch: Durch Ihre Politik!) Damit ist die Erwerbslosenziffer seit 1. Januar abermals um annähernd 18 Proz. gestiegen. In diesen Zahlen drückt sich die Lage der deutschen Wirtschaft in markantester und betäubendster Weise aus. Sie kennzeichnen die Not, die in den beiden Hauptpfeilern der deutschen Wirtschaft, in Landwirtschaft und Industrie, heute vorherrscht, und es ist durchaus begreiflich und verständlich, daß diese Not in Landwirtschaft und Industrie selbstverständlich auch auf alle die Kreise übergreifen muß, die der Landwirtschaft und Industrie dienen, ich meine Gewerbe und Handwerk. Der Stillstand zahlreicher Unternehmungen der deutschen Wirtschaft, der Zusammenbruch bedeutendster industrieller und anderer Unternehmungen beweist uns, in welcher fürchterlichen Krise wir augenblicklich stehen. Ich glaube, es ist falsch, unbedingt davon zu sprechen, daß jetzt noch „Reinigungs-